

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Druck- und Verlagsanstalt
Grunow Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Sanitätsamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1330
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 248.

Montag, 18. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift, 6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restlamelle 100 Gold-Pfennige; zelttaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Verwilligter Rabatt 25%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Verlagsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Reichsminister Dr. Bell

über seine Eindrücke im besetzten Gebiet.

18. Okt. Reichsminister Dr. Bell, der seinen seine acht-tägige Informationsreise durch das besetzte Gebiet beendet hat, empfing einen Mitarbeiter des W.F.B. Ueber seine Eindrücke befragt, äußerte der Minister folgendes:

Die Reise, die in Darmstadt begann, über Mainz nach Speyer und von dort nach Wiesbaden führte, von Wiesbaden aus in den Sundstätt, nach Kreuznach und in das selteneren Birkensfeld, von dort nach Trier und durch die Elbe nach Magden, Duren und Endlich, war für mich, obwohl mir die Verhältnisse des besetzten Gebietes auch aus eigener Anschauung keineswegs unbekannt sind, äußerst instruktiv. Mehr als aus noch so ausführlichen schriftlichen Berichten gewinnt gerade der Reichsminister für die besetzten Gebiete aus persönlicher Erfahrung mit der Beobachtung für seine Tätigkeit unerschöpfbare Anregungen. Ich brauche Ihnen wohl kaum zu versichern, daß ich mich nach meiner Rückkehr nach Berlin nachdrücklich dafür einsetzen werde, daß die oft nur allzu berechtigten Beschwerden und Wünsche des besetzten Gebietes, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, soweit wie nur möglich, erfüllt werden. Es ist eine bittere Tatsache, daß das besetzte Gebiet, das seit 1914 ununterbrochen die schwersten materiellen und seelischen Opfer für das ganze deutsche Vaterland gebracht hat, auch heute noch am schwersten an diesen Opfern zu tragen hat. Es hat die relativ größte Zahl der Arbeitslosen, und schwerer wie anderswo kommt hier ein normales Wirtschaftsleben wieder in Gang, wenn nicht endlich tatkräftige Hilfe aus dem unbesetzten Deutschland kommt. So ist es auch mit den Vertretern der kommunalen Behörden, des Wirtschaftslebens und der politischen Parteien oder der Berufsvereine zusammenzutreffen, immer wieder gelte sich mir das selbe Bild, das mich sowohl als Minister für die besetzten Gebiete wie als Sohn des Rheinlandes mit großer Freude erfüllt: trotz der bisweilen fast unerschöpflich schwierigen Lage hat niemand im besetzten Gebiet den Optimismus verloren, der Vorbereitung ist für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau unseres schwerbedrückten Vaterlandes. Gewiß hofft das besetzte Gebiet auf die tatkräftige Unterstützung des unbesetzten Deutschlands — und ich wünsche nur, daß diese Hoffnung nicht enttäuscht wird — aber es ist auch gewillt, die eigenen Kräfte mit einzusetzen so weit als möglich.

Die Rheinländer, die in den trübsten Tagen die Treue zu unserem deutschen Vaterland bewahrt und willig alle Opfer auf sich genommen haben, verlangen auch heute noch unbedingtes Deutschland keine Opfer, an denen das künftige Deutschland vielleicht allzu schwer zu tragen hätte. Sie selbst wollen lieber auch weiterhin Opfer auf sich nehmen, wenn es im Interesse des ganzen Deutschland ist. Ich weiß nicht, ob man diesen Opfermut der Rheinländer bis jetzt im unbesetzten Deutschland nach Gebühr gewürdigt hat. Wenn nicht, dann möchte ich an den unbesetzten Deutschland die herzlichste Bitte richten, den Bewohnern des besetzten Gebietes eine herzlichere Würdigung zuteil werden zu lassen. Das Zusammenleben mit der Besatzung hat für die Rheinländer zu bitteren Klagen leider allzuoft Anlaß gegeben. Das aber muß ich doch auch festhalten: Nicht ein einziges Mal bin ich bei den Rheinländern auf Empfindungen gestoßen, die sich nicht vereinbaren ließen mit jenem Geiste, mit jenem Willen zur Verständigung mit den ehemaligen Gegnern, wie es die außenpolitische Entwicklung, die sich seit Locarno und nach Eintritt Deutschlands in den Völkerbund angebahnt hat, erfordert. Im Rheinland kennt man keinen Chauvinismus, und wenn auch die Bewohner des besetzten Gebietes nicht feindlicher wünschenswert als die baldige restlose Befreiung ihres Gebietes von fremder Besatzung, so ist dieser Wunsch doch frei von nationaler Leidenschaft.

Gerade im besetzten Gebiet hat man Verständnis für die Politik der Verständigung mit Frankreich und Dänemark. Auch das sollte man im unbesetzten Gebiet beachten, und noch eins: einen Separatismus gibt es im besetzten Gebiet nicht. Dieser Tatsache sollte man namentlich anderwärts etwas mehr Rechnung tragen. Es ist für die treuen Rheinländer eine schwere Kränkung, wenn sie immer wieder von der „separatistischen Gefahr“ hören, die das Rheinland an sich bedroht. Eine „separatistische Gefahr“ kann im Rheinland überhaupt nicht aufkommen, dafür sorgen die Rheinländer schon selbst, dazu brauchen sie keine Ermahnungen von Seiten, die mit den tatsächlichen Verhältnissen im besetzten Gebiet doch recht wenig vertraut sind. Meinen Gesamtindruck aus den Beratungen mit allen Ständen und Wirtschaftsrunden des besetzten Gebietes lasse ich dahin zusammen, daß ich mich nicht scheue mit dem gesamten Rheinland in dem Bestreben, der rheinischen Bevölkerung zu ihrem Recht und zu ihrer Freiheit zu verhelfen und dadurch die Grundlage zu schaffen für die praktische Bewirkung des Gebotens der Völkerverständigung und der Befriedung Europas.

Der Gesetzentwurf

über Arbeitslosenversicherung.

18. Okt. Nachdem die Beratungen über den Gesetzentwurf über Arbeitslosenversicherung im vorläufigen Reichswirtschaftsrat zum Abschluß gekommen sind, wird sich nunmehr der Reichsrat mit dem Entwurf beschäftigen. Die unabhängigen Ausschüsse des Reichsrats werden am 22. u. 23. mit den Beratungen beginnen.

Ein Jahr Locarnovertrag.

Die Feier in Locarno.

Genf, 17. Oktober. Am gestrigen Abend wurde in Locarno die Jahrestagung der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno begangen. In Anwesenheit des Bundesrates Motta, des Präsidenten des Staatsrates von Tessin, des Bürgermeisters und der Stadtvorwaltung von Locarno, sowie einer großen Anzahl von Persönlichkeiten fand in dem Saale, in dem vor einem Jahre die Konferenz von Locarno erfolgte, eine Gedenkfeier statt.

Nach einer Ansprache des Bürgermeisters Rusca, der auf die Bedeutung des Vertrages von Locarno hinwies, ergriff der Bundesrat Motta das Wort zu längeren Ausführungen. Er wies zunächst darauf hin, daß das Fortdauern des Vertrages von Locarno die von Deutschland, Frankreich und Belgien übernommene Anerkennung ihres gegenseitigen territorialen Besitzstandes sei. Die außerordentliche Bedeutung des Vertragswerkes liege ferner darin, daß England und Italien die Garantie dieser Verpflichtungen übernommen hätten, daß die Unterzeichner des Vertrages jeder gewalttätigen Grenzänderung entlagen und sich bei juristischen Schwierigkeiten einem Schiedsgerichtsverfahren und bei sonstigen Meinungsverschiedenheiten dem Ausgleichsverfahren des Völkerbundes zu unterwerfen hätten. Bundesrat Motta schloß seine Ausführungen mit dem Bemerkten, daß der Valt von Locarno das Zeichen der Verständigung der ehemaligen Feinde und ein Beweis für den festen Willen der Völker sei, gemeinsam an dem Werke des Friedens und der Zivilisation zu arbeiten.

Darauf erfolgte die Verlesung eines Glückwunschtelegramms, das der Bürgermeister von Locarno an sämtliche Signatarstaaten des Vertrages von Locarno geschickt hatte. Am Abend gab die Stadtvorwaltung von Locarno dem Bundesrat Motta ein Essen.

Die Stadt Locarno feierte den Tag durch eine festliche Illumination sämtlicher Straßen und Plätze und durch Läuten der Kirchenglocken.

Seine „überfüllte“ Räumung des Rheinlandes.

Paris. (Funkdruck.) Petit Parisien berichtet, Kriegsminister Painlevé habe erklärt, daß die Gerüchte über eine überfüllte Räumung des Rheinlandes und über Vorbereitungen für den Abmarsch der Besatzungsarmee unbegründet seien; wenn er eine Unterredung mit General Gulloumat gehabt habe, so deshalb, um sich über die Ausführung des Planes zu unterrichten, der schon seit mehreren Monaten festgelegt worden sei und sich seitdem nicht geändert habe.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten

trat heute zum ersten Male nach der Sommerpause wieder zusammen. Der Ausschuss beschloß, zunächst regelmäßig an den Vormittagen die Beratungen des Arbeitsgerichtsgerichtes zu Ende zu führen und an den Nachmittagen die Bearbeitung der Arbeitslosenfrage zu behandeln. Dementsprechend wurde die Beratung über das Arbeitsgerichtsgericht bei Paragraph 2 fortgeführt. Dieser Paragraph behandelt die Zuständigkeit der Arbeitsgerichtsbehörden. Dabei geht der Entwurf von dem Grundgedanken aus, die Gerichtsbarkeit in Arbeitslosenfällen vollständig dem Arbeitsgerichtsbehörden zu übertragen. Die Ausführung des Grundgedankens findet aber in praktischen Erwägungen gewisse Grenzen. Es ist damit zu rechnen, daß der Ausschuss sich noch diese Woche und die darauf folgende Woche mit dem Arbeitsgerichtsgericht beschäftigen muß.

Strotz und Einobjekt unterwerfen sich.

Eine Erklärung der „reinen“ Oppositionsfraktion.

Moskau, 17. Oktober. Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Die Oppositionsführer Sinowjew, Trozki, Kamenev, Platonow, Sokolnikow und Jendolikow haben eine Erklärung über ihre vorbehaltslose Unterwerfung unter sämtliche Entschlüsse des 14. Parteikonferenzen und unter die Beschlüsse des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission abgegeben. Sie verpflichten sich, diese durchzuführen und alle ihre Anhänger dazu anzuhalten, sämtliche um die Opposition gebildete fraktionelle Gruppierungen sofort aufzulösen. Sie erkennen an, daß sie durch ihr jüngstes Vorgehen in Moskau und Leningrad die Entschlüsse des Zentralkomitees über die Unzulässigkeit der Diskussion verletzt haben, und verpflichten sich, sich von der rechten Schliapnikow-Gruppe entschieden loszusagen und jegliche Unterstützung fraktioneller Gruppen der einzelnen Kominternsektionen, sei es Rußlands, Ostpreußen, Deutschland, Sowjetunion, Frankreich, Belgien, Italien, aufzugeben. Die Unterzeichneten übernehmen die politische Verantwortung für die Handlungen ihrer Anhänger und sprechen die Hoffnung aus, daß die tatsächliche Einstellung der fraktionellen Kampfes seitens der Opposition die Möglichkeit schaffen wird, alle reinen Oppositionsdiskussionen in die Partei wiederanzunehmen. Sie erklären zum Schluß, daß sie sich verpflichten, die Verständigung des fraktionellen Kampfes sowie den Kampf gegen erneute Verträge gegen die Parteiführer in jeder Weise zu unterstützen.

Eine gleichzeitig veröffentlichte Mitteilung des Zentralkomitees heißt fest, daß das für die Sicherung der Parteieinheit erforderliche Mindestmaß durch die Erklärung der Opposition erreicht worden ist.

Die Oppositionsführer haben, wie schon die letzten Meldungen aus Moskau erkennen ließen, mit ihrer Propaganda gegen den offiziellen Kurs keinen nennenswerten Erfolg zu erreichen vermocht. Daher kehren sie „reine“ in die Partei zurück. Daß diese Reue dauernd sei und daß in Zukunft Eintracht und Friede im Volkswort herrsche, ist freilich ebensoviele wie vom deutschen Kommunismus zu erwarten.

Zur Verwendung des Russkredits.

18. Okt. Nach amtlicher Mitteilung beläuft sich die Gesamthöhe der Aufträge für den 300 Millionen-Kredit (Ausfallwirtschaft des Reiches und der Länder für Lieferungsgegenstände nach Rußland) nunmehr auf 92,7 Millionen Reichsmark. Bei dem interministeriellen Ausschuss sind bis zum 8. Oktober dieses Jahres Verträge im Gesamtwert von 78,8 Millionen Reichsmark eingelaufen. Der Ausschuss hat die Ausfallwirtschaft erteilt für Verträge im Werte von sieben Millionen Reichsmark. Davon entfallen auf Bestellungen mit einer vierjährigen Kreditfrist 5,5 Millionen, auf solche mit zweijähriger Kreditfrist 1,5 Millionen Reichsmark. Der Hauptteil mit über 54,5 Millionen Reichsmark entfällt auf Preußen (davon 47,8 langfristige und 6,8 kurzfristige Geschäfte). An zweiter Stelle folgt Sachsen mit 7,8 Millionen, dann Baden mit 3,8 Millionen und Württemberg mit 2,2 Millionen, sodann die anderen Länder. Auf die einzelnen Industrien verteilen sich die mit Garantie versehenen Aufträge wie folgt (es sind nur die hauptsächlichsten Industriezweige herausgegriffen): Werkzeugmaschinen 17,8 Millionen, Kraftmaschinen 1,8 Millionen, Düten- und Walzwerksanlagen 8,4 Millionen, Bergwerksanlagen 19,3 Millionen, Maschinen für Papierindustrie 3,6 Millionen, Fahrzeugindustrie 3,6 Millionen, Düten- und Walzwerksanlagen 1,8 Millionen, elektrotechnische Industrie fast drei Millionen Reichsmark. Die Industrie nimmt die Ausfallwirtschaft für die Russenaufträge in steigendem Maße in Anspruch. So betrug z. B. die Zunahme im Laufe des Monats September rund 50 Prozent der Gesamtsumme der Verträge, die bis zum 1. September 1926 beim interministeriellen Ausschuss eingereicht waren.

Deutsche Beamte beim Internationalen Arbeitsamt.

18. Okt. Wie wir erfahren, ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen eine Anzahl deutscher Sozialpolitiker zu Beamten des Internationalen Arbeitsamtes in Genf ernannt werden. Deutschland wird am 1. Januar 1927 mit 10 höheren Beamten, darunter mit drei Sektionschefs im Internationalen Arbeitsamt vertreten sein. Deutschland hatte bisher einen Sektionschef, Regierungsrat Dr. Fuh, der bisherige Abteilungsleiter. Professor Rühmann wird die Stelle eines Sektionschefs am 1. Januar nächsten Jahres erhalten. Zum dritten Sektionschef wird voraussichtlich ein höherer Beamter des Reichsarbeitsministeriums ernannt werden, der auch als sozialpolitischer Schriftsteller für einen Namen gemacht hat und bereits mehrfach an internationalen Verhandlungen herangezogen worden ist. Auf deutscher Seite wird nach wie vor der Standpunkt vertreten, daß die deutsche Vertretung im Internationalen Arbeitsamt verstärkt werden muß, einmal wegen der deutschen Führerschaft in der Sozialpolitik und dann auch wegen der Stellung Deutschlands als Großmacht, und zwar um so mehr, als Engländer und Franzosen in der übergroßen Mehrzahl vertreten sind, sie sind im Internationalen Arbeitsamt mit je 70 Mann vertreten.

In diesen Tagen findet eine neue Verwaltungsführung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf statt. Die Vertreter der deutschen Regierung, Ministerialdirektor Sittler und Geheimrat Feig vom Reichsarbeitsministerium, sind bereits in Genf. Weiter nehmen an diesen Verhandlungen als Arbeitgebervertreter Kommerzienrat Bogel von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und Syndikus Dr. Braumüller, und von Seiten der Arbeitnehmer Hermann Müller-Lichtenberg teil.

Ehrung deutscher Flieger.

18. Okt. Sonnabend abend wurde im hiesigen Aero-Club zu Ehren der beiden deutschen Flieger Sannas und v. Conta ein Festessen gegeben. Bei dieser Gelegenheit wurde beiden deutschen Fliegern je eine große silberne Medaille des hiesigen Aero-Clubs überreicht wegen ihrer heldigen Ueberquerung der Alpen. Dieser hat der Aero-Club acht solcher großen silbernen Medaillen herstellen lassen, von denen die sechs ersten an die Befahrung des Luftschiffes verteilt worden sind, mit dem Robile den Nordpol überflogen hat.

Ausprüfung im englischen Bergarbeiterstreik.

18. Okt. Dem Blättern zufolge will der Kriegsrat des Bergarbeiterverbandes die zur Arbeit zurückgekehrten Bergarbeiter zur erneuten Arbeitsniederlegung veranlassen. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cool sagte in Doncaster, wenn die Bergleute, die jetzt arbeiten, aus den Gruben herausgeholt werden könnten, gleichviel, ob auf gewöhnlichem Wege oder nicht, dann würde der Abschluß eines Lohnabkommens lediglich eine Frage von Tagen sein.